

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Schulausschusses am
11. März 2009, 15.30 Uhr,
in der Haupt- und Realschule Badenhausen,
Am Johannisborn 16, 37534 Badenhausen

Anwesend:

Landrat Bernhard Reuter

die Kreistagsabgeordneten:

Regina Seeringer, Osterode am Harz	- Vorsitzende -
Christa Hartz, Herzberg am Harz	- i.V.d. Abg. Hausmann -
Herbert Lohrberg, Eisdorf	- i.V.d. Abg. Seifert -
Marianne Niederheide, Osterode am Harz	
Klaus Posselt, Herzberg am Harz	
Raymond Rordorf, Osterode am Harz	
Holger Thiesmeyer, Bad Lauterberg im Harz	
Susanne Voigt, Badenhausen	
Karin Wode, Elbingerode	
Walter Zietz, Bad Lauterberg im Harz	- i.V.d. Abg. Klenner -

Schulausschussmitglieder, die nicht dem Kreistag angehören:

Walter Ziegler Vertreter der Lehrkräfte der allgemein bildenden Schulen

von der Verwaltung:

Erster Kreisrat Gero Geißleiter	
Kreisangestellter Franz-Michael Hemesath	
Kreisoberamtsrat Siegfried Pfister	
Kreisangestellter Ralf Kamrad	
Kreisamtsinspektor Matthias Lange	- als Protokollführer -

als Gäste:

Herr Wieder	Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen
Herr Neugebauer	Regionalbus Braunschweig GmbH

Entschuldigt fehlen:

Andreas Körner, Bad Lauterberg im Harz

Volker Hahn	Vertreter der Eltern
Dirk Knoke	Vertreter der Organisation der Arbeitgeberverbände
Sabrina Kohlrausch	Vertreterin der Organisation der Arbeitnehmerverbände
Manfred Köhler	Vertreter der Lehrkräfte der berufsbildenden Schulen
Lisa-K. Rusteberg	Vertreterin der Schüler/-innen der allg. bildenden Schulen
Johannes Philippi	Vertreter der Schüler/-innen der berufsbildenden Schulen

Vorgesehen ist folgende

T a g e s o r d n u n g :

- 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2) Anträge zur Tagesordnung
- 3) Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 04.12.2008
- 4) Situation der Schülerbeförderung im Landkreis Osterode am Harz
- 5) Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung;
Beratung des Bereichs Schulträgeraufgaben (Produktbereich 2-1 bis 2-4) aus dem Teilhaushalt 8
- DS 165 6) Antrag der Wartberg-Schule Osterode auf Einrichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2009/2010;
hier: Herstellung des Einvernehmens
- DS 166 7) Freiwilliger Zuschuss des Landkreises zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern in besonderen Notlagen für die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen und Schulen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht
- DS 167 8) Einrichtung von neuen Schulformen an den Berufsbildenden Schulen I
 - a) Einrichtung einer Berufseinstiegsklasse (BEK) in der Fachrichtung
- Wirtschaft -
 - b) Einrichtung von Schwerpunkten in der 1-jährigen Berufsfachschule
- Wirtschaft -
- DS 168 9) Beratung über die Anpassung der Produkte des Teilhaushaltes 8 an die Strategie
- 10) Anfragen und Mitteilungen
- 11) Einwohnerfragestunde

Punkt 1:

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet um 15.30 Uhr die öffentliche Sitzung des Schulausschusses und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2:

Anträge zur Tagesordnung

Es werden keine Anträge gestellt.

Punkt 3:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 04.12.2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 04.12.2008 wird genehmigt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g bei
3 Stimmenthaltungen)

Punkt 4:

Situation der Schülerbeförderung im Landkreis Osterode am Harz

Die Vorsitzende begrüßt die zur Sitzung eingeladenen Gäste, Herrn Wieder vom Zweckverband Verkehrsverbund Süd-Niedersachsen und Herrn Neugebauer von der Regionalbus Braunschweig GmbH und dankt für die durchgeführte Erhebung zur Schülerbeförderung.

Vom Landrat werden zunächst grundsätzliche Erläuterungen zur Schülerbeförderung im Landkreis gegeben. Die Ergebnisse der Erhebung zur Auslastung der Linienbusse in Zeiten der Schülerbeförderung werden anschließend von Herrn Wieder bekanntgegeben. Die grundsätzlichen Erläuterungen und das Ergebnis der Erhebung sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Eine Anfrage von Herrn Ziegler zur Auslastung der Fahrt „Walkenried - Bad Lauterberg“ wird von Herrn Wieder beantwortet.

Der Abg. Posselt bemängelt, dass es bereits wiederholt vorgekommen sei, dass Kinder an anderen Haltestellen als an ihrem Wohnort aussteigen mussten. Herr Wieder bittet um konkrete und kurzfristige Meldung von derartigen Vorkommnissen. Nur dann sei eine Nachverfolgung bzw. Aufklärung möglich.

Die Abg. Wode führt aus, dass es immer wieder zu Beschwerden wegen überfüllter Busse komme. Sie fragt an, ab wann ein Bus als voll besetzt gelte. Herr Neugebauer antwortet, dass die Anzahl der Sitz- und Stehplätze für jedes Fahrzeug vorgeschrieben sei. Die Abg. Wode führt weiter aus, dass die Kapazitätsgrenzen regelmäßig kurz nach den Ferien zu Problemen führe. Herr Wieder erläutert, dass die Anzahl der mitfahrenden nicht anspruchsberechtigten Schülerinnen und Schüler das Problem sei. Dies müsse sich gerade nach den Ferien erst einspielen.

Der Abg. Rordorf merkt an, dass in naher Zukunft Grundschulschließungen bevorstünden. Dies führe dazu, dass vermutlich vermehrt kleine Kinder im Bus stehen müssten. Er erwarte Vorschläge von der Verwaltung, wie Kindern des 1. Schuljahres ein Sitzplatz garantiert werden könne.

Der Landrat bittet Herrn Neugebauer um eine Aussage zu den zu erwartenden Kosten. Herr Neugebauer führt aus, dass die Organisation einer Sitzplatzgarantie für Erstklässler äußerst schwierig sei. Zu den Kosten könne er keine Prognose abgeben. Herr Wieder ergänzt, dass diese zusätzliche Leistung sehr kostenintensiv sei, da eine ausreichende Anzahl an Bussen zu diesen Zeiten nicht zur Verfügung stehe.

Die Vorsitzende bittet, die Ergebnisse der Auswertung der Niederschrift beizufügen.

Der Abg. Lohrberg fragt an, wie das Projekt „Bus-Scout“ angenommen werde. Herr Wieder berichtet über positive Ergebnisse des Projektes.

Eine Anfrage des Abg. Thiesmeyer zur Möglichkeit einer Platzreservierung für Erstklässler wird von Herrn Neugebauer beantwortet. Er könne sich nicht vorstellen, dass eine Platzreservierung funktioniere und von den Schülern beachtet werde. Der Abg. Posselt ergänzt, dass Erstklässler ggf. erst zur 2. Stunde beginnen könnten.

Der Abg. Rordorf weist nochmals darauf hin, dass er bei nächster Grundschulschließung ein Konzept erwarte, damit Erstklässler nicht stehen müssten.

Die Vorsitzende dankt Herrn Wieder und Herrn Neugebauer für die Datenerhebung und die gegebenen Erläuterungen. Die Herren Wieder und Neugebauer verabschieden sich sodann.

Punkt 5:

Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung;
Beratung des Bereichs Schulträgeraufgaben (Produktbereich 2-1 bis 2-4) aus dem Teilhaushalt 8

Vom Landrat werden zunächst allgemeine Informationen zum Konjunkturpaket II gegeben. Insbesondere durch die Medien seien große Erwartungen an die Umsetzung des Konjunkturpaketes II geschürt worden. Nach der Aufteilung der Mittel verbleibe für den Landkreis Osterode am Harz ein Investitionsvolumen von ca. 4,8 Mio. Euro inkl. Eigenanteil des Landkreises.

Es sei vorgesehen, die Mittel aus dem Konjunkturpaket II zu 100 % im Schulbereich zu investieren. Ein Problem sei noch Art. 104 b des Grundgesetzes, wonach Mittel des Bundes nur für Bereiche in der Gesetzgebungskompetenz des Bundes verwendet werden dürfen. Dies sei für den Schulbereich bekanntlich nicht gegeben. Eine Ausnahme stelle die energetische Sanierung von Schulgebäuden dar. Eine Anpassung des Art. 104 b GG bleibe abzuwarten.

Der Landrat führt aus, dass noch einige Anträge auf Einrichtung von Ganztagschulen aufgrund der Nichtberücksichtigung aus dem Förderprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ offen seien, deren Umsetzung mit Mitteln des Konjunkturpaketes II nunmehr erfolgen solle.

Aus der „Pauschalen Zuweisung“ sei eine energetische Sanierung des Tilman-Riemenschneider-Gymnasiums Osterode am Harz, der Haupt- und Realschule Hattorf am Harz, der Förderschule Wartbergschule sowie die Einrichtung einer Mensa an der Haupt- und Realschule Herzberg am Harz vorgesehen.

Der Förderschwerpunkt Schulinfrastruktur unterteile sich in die Bereiche „Baumaßnahmen“ und „Digitale Medien“. Im Bereich „Baumaßnahmen“ seien die Einrichtung von Mensen an der Haupt- und Realschule Hattorf am Harz und an der Haupt- und Realschule Badenhausen vorgesehen. Im Bereich „Digitale Medien“ seien Maßnahmen an den Berufsbildenden Schulen I, dem E.-M.-A.-Gymnasium Herzberg am Harz und diverse Beschaffungsmaßnahmen für übrige Schulen geplant.

Für den Förderschwerpunkt „Sportstättenanierung“ seien Maßnahmen an den Sporthallen der Kooperativen Gesamtschule Bad Lauterberg im Harz, der Förderschule Lutterbergschule und des E.-M.-A.-Gymnasiums Herzberg am Harz vorgesehen. Eine Umsetzung der Maßnahmen solle nur dann erfolgen, wenn eine verbindliche Förderzusage vorliege. Zur Verbesserung der Flexibilität werde aufgrund bestehender Unsicherheiten die pauschale Veranschlagung der Mittel getrennt nach den Förderbereichen in einer Summe im Teilhaushalt 8 vorgeschlagen.

Die Vorsitzende spricht sich für die vorgeschlagene pauschale Veranschlagung der Mittel aus.

Der Abg. Rordorf fragt an, ob es für die energetischen Sanierungen schon detaillierte Planungen für die vorgeschlagenen Maßnahmen gebe. Die Vorsitzende erwidert, dass die jetzt geplanten Maßnahmen bereits im Jahr 2008 vorgestellt wurden.

Der Abg. Lohrberg spricht sich für den Vorschlag der pauschalen Veranschlagung aus, da es keine Alternative gebe.

Eine Anfrage der Abg. Wode zur Notwendigkeit eines Energieausweises für die energetische Sanierung wird vom Landrat beantwortet. Die Notwendigkeit werde derzeit für öffentliche Gebäude nicht gesehen.

Der Schulausschuss empfiehlt anschließend dem Kreistag die Annahme der von der Verwaltung im Teilhaushalt 8 - Produktbereich 2-1 bis 2-4 - des 1. Nachtragshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2009 vorgeschlagenen Ansätze.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 6:

Antrag der Wartbergschule Osterode auf Einrichtung einer Ganztagschule zum Schuljahr 2009/2010

- Drucksache Nr. 165 -

Die Drucksache Nr. 165 wurde vor der Sitzung des Schulausschusses als Tischvorlage verteilt.

Der Landrat erläutert, dass die im Haushalt 2009 für die Einrichtung einer Mensa bereitgestellten 376.000 € nicht ausreichend seien. Im Rahmen der Planungsvertiefung habe sich bei der Abstimmung mit dem erweiterten Konzept der Schule herausgestellt, dass mit Investitionskosten in Höhe von ca. 1 Mio. € zu rechnen sei. Das Konzept der Wartbergschule, Schülerinnen und Schüler unter Anleitung von Fachpraxislehrkräften in die Zubereitung der Mittagsverpflegung einzubinden, sei gut, es rechtfertige jedoch keine Investitionskosten von 1 Mio. €. Mehrkosten in Höhe von ca. 200.000 € seien vertretbar.

Eine Entscheidung über die Herstellung des Einvernehmens müsse zum gegenwärtigen Zeitpunkt getroffen werden, damit die Genehmigung durch die Landesschulbehörde noch zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 erfolgen könne.

Der Abg. Rordorf kritisiert den späten Zeitpunkt der Verteilung der Vorlage. Er sehe keine Alternative zur Vorlage, das Konzept der Schule sei gut und müsse beibehalten werden.

Der Landrat ergänzt, dass die Stadt Osterode am Harz nicht bereit sei, sich an den Investitionskosten zu beteiligen. Es sei vorgesehen, für die Einbindung der Grundschule Dreilinden in die Mittagsverpflegung einen Betriebskostenzuschuss zu vereinbaren.

Die Vorsitzende fragt an, ob das aus ihrer Sicht gute Konzept der Wartbergschule in Frage gestellt werden solle. Dies wird von den Anwesenden verneint.

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlages:

- a) Der Kreistag des Landkreises Osterode am Harz stellt das Einvernehmen zum Antrag der Wartbergschule Osterode auf Einrichtung einer Ganztagschule für die Förderungsschwerpunkte Lernen und Sprache zum 01.08.2009 gemäß § 23 Abs. 4 NSchG her.
- b) Die Investition für die Einrichtung einer Mensa inkl. einer Frischkochküche nach dem Konzept der Wartbergschule steht unter dem Vorbehalt einer gesicherten Finanzierung über die der Kreistag in einer gesonderten Beschlussvorlage zu entscheiden hat.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 7:

Freiwilliger Zuschuss des Landkreises zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern in besonderen Notlagen für die Mittagsverpflegung in Ganztagschulen und Schulen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht

- Drucksache Nr. 166 -

Vom Landrat werden Erläuterungen zur Inanspruchnahme des freiwilligen Zuschusses zur Mittagsverpflegung im Kalenderjahr 2008 gegeben.

Die Vorsitzende und der Abg. Lohrberg beantragen, die Anzahl der bezuschussten Mittagessen und die Kosten zur Niederschrift zu nehmen. Die Daten sind der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Der Schulausschuss empfiehlt dem Kreistag die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Osterode am Harz gewährt einen freiwilligen Zuschuss zur Unterstützung von Schülerinnen und Schülern in besonderen Notlagen für eine schulische Mittagsverpflegung in Schulen mit verpflichtendem Nachmittagsunterricht in seiner Trägerschaft. Der Zuschuss wird hinsichtlich der zeitlichen Dauer und der Höhe analog der Landesregelung auf begründeten Antrag der Schule gewährt.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 8:

Einrichtung von neuen Schulformen an den Berufsbildenden Schulen I

- a) Einrichtung einer Berufseinstiegsklasse (BEK) in der Fachrichtung
 - Wirtschaft -
- b) Einrichtung von Schwerpunkten in der 1-jährigen Berufsfachschule
 - Wirtschaft -

- Drucksache Nr. 167 -

Die Vorsitzende weist auf die bekannte Thematik zur Einrichtung von Berufseinstiegsklassen hin und erteilt dem stellvertretenden Schulleiter der Berufsbildenden Schulen I, Herrn Wenzel, das Wort.

Herr Wenzel erläutert die neue Schulform der Berufseinstiegsklasse und die Einrichtung von Schwerpunkten in der 1-jährigen Berufsfachschule Wirtschaft.

Ohne weitere Aussprache empfiehlt der Schulausschuss dem Kreistag die Annahme des folgenden

Beschlussvorschlag:

- a) Der Landkreis Osterode am Harz richtet unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Landesschulbehörde nach § 106 NSchG eine Berufseinstiegsklasse in der Fachrichtung - Wirtschaft - mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 an den Berufsbildenden Schulen I ein.
- b) Der Landkreis Osterode am Harz richtet an der einjährigen Berufsfachschule Wirtschaft die berufsbezogenen Schwerpunkte
- Kaufmann/-frau im Einzelhandel
 - Informatik (Berufsgruppe)
 - Handel (Berufsgruppe)
 - Bürodienstleistungen (Berufsgruppe)

mit Beginn des Schuljahres 2009/2010 an den Berufsbildenden Schulen I ein.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 9:

Beratung über die Anpassung der Produkte des Teilhaushalts 8 an die Strategie

- Drucksache Nr. 168 -

Die Vorsitzende fragt an, ob es noch Änderungsvorschläge für die Produkte gebe. Sie weist darauf hin, dass das Produkt „Schülerbeförderung“ hinsichtlich der Kennzahlen noch beraten werden müsse. Dies sei in der vom Kreisausschuss eingerichteten Arbeitsgruppe so vereinbart worden.

Herr Pfister ergänzt, dass die Festschreibung einer Auslastungsquote der Busse von maximal 90 % als Kennzahl im Produkt „Schülerbeförderung“ von den Kreistagsabgeordneten der Arbeitsgruppe vorgeschlagen worden sei, nicht jedoch von der Verwaltung.

Der Abg. Rordorf spricht sich für eine Festschreibung der Auslastungsquote der Busse von maximal 90 % aus.

Herr Hemesath erläutert, dass die Datenerhebung über die Auslastung der Busse ergeben habe, dass lediglich 2 Fahrten an einzelnen Tagen mit über 90 % ausgelastet seien.

Die Abg. Voigt fragt an, wie die Ausleihzahlen und damit die Auslastung des Kreismedienzentrums aussehe. Herr Hemesath erwidert, dass Ausleihzahlen derzeit nicht greifbar seien.

Die Abg. Voigt regt an, einen Grundsatzbeschluss zur Kulturförderung zu fassen. Herr Hemesath erläutert, dass ein Grundsatzbeschluss zur Kulturförderung nicht notwendig sei, diese Aufgabe sei per Kreistagsbeschluss an den Landschaftsverband Südniedersachsen übertragen.

Die Vorsitzende bittet, die Ausleihzahlen und die Beratungsangebote des Kreismedienzentrums der Niederschrift beizufügen. Die Daten sind der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Die Abg. Voigt fragt an, inwieweit die Erhaltung der Schulstandorte für die Zukunft gesichert sei. Der Landrat antwortet, dass eine ständige Fortschreibung und Analyse der Schülerzahlen betrieben werde. Ein Problem stelle die Zukunft der Hauptschulen dar, integrative Haupt- und Realschulen sollten zugelassen werden. Realschulen sollten für eine vernünftige Arbeit mindestens zweizügig geführt werden. Eine gesetzliche Regelung bleibe abzuwarten.

Eine Anpassung der Produkte „Schülerbeförderung“ und „Sonstige schulische Aufgaben“ soll hinsichtlich der Ziele und Kennzahlen bezüglich der Auslastungsquote der Busse bzw. der Weiterentwicklung des Kreismedienzentrums in den Fraktionen beraten werden.

Der Schulausschuss empfiehlt anschließend dem Kreistag die Annahme der Produktbeschreibungen für den Teilhaushalt 8 vorbehaltlich einer Anpassung der Produkte „Schülerbeförderung“ und „Sonstige schulische Aufgaben“.

(Abstimmungsergebnis: e i n s t i m m i g)

Punkt 10:

Anfragen und Mitteilungen

Der Landrat berichtet über die beabsichtigte Schließung der kleinen Sporthalle der Haupt- und Realschule Badenhausen. Er führt aus, dass der demographische Wandel für die Schließung der kleinen Sporthalle entscheidend verantwortlich sei. Die kommunale Infrastruktur müsse der Einwohnerzahl angepasst werden.

Für den weiteren Betrieb der kleinen Sporthalle seien kurzfristig Investitionen in Höhe von ca. 120.000 € für die Erneuerung der Fenster und die Sanierung der Sanitär- und Umkleieräume erforderlich. Es stehe fest, dass der Landkreis angesichts sinkender Schülerzahlen die kleine Turnhalle für den Schulsport nicht mehr benötige. Zur Abdeckung des Schulsports sei die große Sporthalle ausreichend. Eine Investition in die kleine Halle käme seitens des Landkreises nicht mehr in Betracht. Der Landkreis wäre bereit, die kleine Sporthalle an die Samtgemeinde bzw. an ortsansässige Sportvereine günstig zu verpachten. Der Landrat fügt hinzu, er könne sich einen Pachtvertrag für den symbolischen 1-Euro vorstellen.

Die Abg. Voigt weist darauf hin, dass an Ganztagschulen auch ein Sportangebot vorzuhalten wäre. Die kleine Halle würde für Sportangebote in der Gemeinde benötigt werden. Sie führt weiter aus, dass es Gerüchte gebe, die kleine Halle zur Mensa umzubauen.

Der Landrat antwortet, dass die Position des Landkreises klar sei. Eine Halle, die der Landkreis nicht mehr für den Schulsport vorhalten müsse, könne er auch nicht für den Vereinssport vorhalten. Das Sportangebot im Ganztagsbereich könne in der großen Halle abgedeckt werden. Ein Umbau zu einer Mensa sei derzeit nicht Gegenstand der Planungen.

Der Abg. Lohrberg schlägt vor, beide Hallen beim anschließenden Schulrundgang zu besichtigen.

Der anwesende Samtgemeindebürgermeister der Samtgemeinde Bad Grund, Herr Dietzmann, erbittet das Wort, welches ihm von der Vorsitzenden erteilt wird. Herr Dietzmann führt aus, dass die Samtgemeinde Bad Grund sich mit dem Landkreis auf eine Schließung der kleinen Halle erst zu den Sommerferien verständigt hätte. Er gibt zu Bedenken, dass die Doppelnutzung der großen Halle problematisch sei, terminliche Probleme gerade im Hinblick auf das Sportlehrermodell zu erwarten seien, der vorhandene Platz für die Lagerung der Sportgeräte nicht ausreichend sei und es für einige Sportarten an Vorrichtungen in der großen Halle mangle.

Der Landrat vertritt nochmals die Position, dass es zur beabsichtigten Schließung seitens des Landkreises keine Alternative gebe.

Der Abg. Rordorf fragt an, ob und zu welchem Zeitpunkt eine Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung vorgesehen sei. Der Landrat antwortet, dass den Kommunen eine Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung freigestellt sei; sie bringe zudem keine zusätzlichen Erkenntnisse. Die Vorsitzende ergänzt, dass eine Fortschreibung auch an die Vorgaben vom Land gekoppelt sei.

Die Abg. Wode fragt an, ob es Überlegungen gebe, wie mit dem Leerstand bei zurückgehenden Schülerzahlen umgegangen werde. Der Landrat antwortet, dass es kaum möglich sein wird, Schulgebäude oder Teile von Schulgebäuden zu vermieten.

Punkt 11:

Einwohnerfragestunde

Herr Lagershausen, Vorsitzender der SPD-Fraktion der Gemeinde Badenhausen, äußert sich zur beabsichtigten Schließung der kleinen Sporthalle an der Haupt- und Realschule in Badenhausen. Hauptgründe für die Schließung seien die notwendigen Investitionen und die zurückgehenden Schülerzahlen.

Herr Lagershausen merkt an, dass die Investitionen in die kleine Halle längst hätten erfolgen müssen. Die rückläufigen Schülerzahlen seien für ihn nicht nachvollziehbar. Der Landkreis möge bedenken, dass die Gemeinde der Haupt- und Realschule Badenhausen den Sportplatz zur Verfügung stellt und die große Sporthalle für die Samtgemeinde insgesamt zur Verfügung stünde. Eine Stärkung des Ehrenamtes sei durch die Schließung ebenfalls nicht zu erreichen.

Der Landrat antwortet, dass Investitionen und Bauunterhaltung vom Landkreis an allen Gebäuden seit Jahren restriktiv gehandhabt werden. Der Landrat führt weiter aus, dass die Schülerzahlen an der Haupt- und Realschule Badenhausen langfristig zurückgehen. Die notwendigen Investitionen könnten auch nicht aus Mitteln des Konjunkturpaketes II erfolgen, da diese Mittel nicht für alle Maßnahmen ausreichend seien und der Landkreis nur in nachhaltige Maßnahme investiere. Er rege die Übernahme der Halle durch die Gemeinde oder einen Verein an. Die kleine Halle werde auch bei einem künftigen Ganztagsbetrieb nicht benötigt.

Der Schulleiter der Haupt- und Realschule Badenhausen, Herr Roddewig, ergänzt, dass er die kleine Halle im Rahmen eines Ganztags schulbetriebes definitiv nicht benötige.

Die Vorsitzende weist den Ausschuss darauf hin, dass im Anschluss noch ein Schulrundgang mit Besichtigung der beiden Sporthallen unter der Leitung des Schulleiters Herrn Roddewig stattfindet.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung des Schulausschusses um 17.47 Uhr.

<i>gez.</i> <i>Regina Seeringer</i>	<i>gez.</i> <i>Bernhard Reuter</i>	<i>gez.</i> <i>Matthias Lange</i>
Ausschussvorsitzende	Landrat	Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung des Schulausschusses
am 1. Dezember 2009